



LEITARTIKEL

Was hat Europa mit Bayern und Bayern mit Sachsen zu tun?



Hagen Husgen

Ganz einfach ...

... die Terrorgefahr ist überall präsent, sie kennt keine Grenzen. In den vergangenen Wochen haben wir spüren müssen, dass es sich nicht mehr nur um eine Gefahr handelt, sondern um real existierenden Terror. Die Anschläge in Bayern verdeutlichen, dass sich jedes Land (nicht nur) Europas und auch jedes Bundesland Deutschlands damit auseinandersetzen muss. Der Terror ist angekommen! Da nutzt auch kein Drumherumreden etwas. Und mit Schwarzmalerei hat dies auch nichts zu tun.

Es ist fatal, wenn man jetzt tief ein- und wieder ausatmet und dann sogar meint: Uns wird es schon nicht treffen. Und wenn, dann sind wir bestens vorbereitet. Es hat mich schon ein wenig erstaunt, als am 24. Juli 2016 zur vorabendlichen Sendezeit um 19.50 Uhr der Moderator Axel Bulthaupt in der MDR-Sendung „Kripo live“ den folgenden Auszug eines Statements des Sächsischen Staatsministeriums des Innern verlas:

„... die Terrorgefahr in ganz Deutschland ist hoch aber in Sachsen

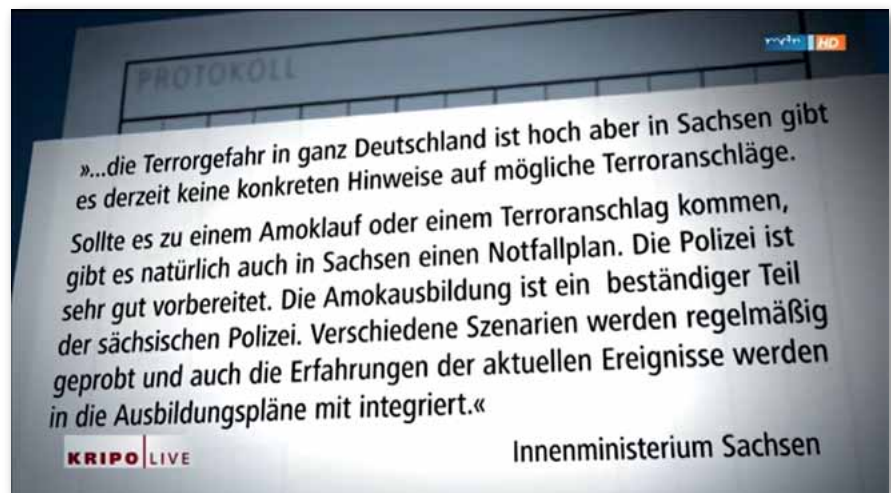
gibt es derzeit keine konkreten Hinweise auf mögliche Terroranschläge. Sollte es zu einem Amoklauf oder einem Terroranschlag kommen, gibt es natürlich auch in Sachsen einen Notfallplan. Die Polizei ist sehr gut vorbereitet. Die Amokausbildung ist ein beständiger Teil der sächsischen Polizei. Verschiedene Szenarien werden regelmäßig geprobt und auch die Erfahrungen der aktuellen Ereignisse werden in die Ausbildungspläne mit integriert.“

Hat so ein bisschen den Anschein, als ob Sachsen alles im Griff hat. Doch haben wir das wirklich oder soll damit nur die Öffentlichkeit beruhigt werden, da ja verständlicherweise Angstmacherei der falsche Weg wäre? Das könnte bei positiver Betrachtungsweise durchaus der Vater des Gedanken gewesen sein. Oder gibt es einen anderen Grund?

sogar etwas zu ändern. Die Vergangenheit hat dies oftmals bewiesen – auch wenn die anschließenden Ergebnisse hin und wieder als eigenes Gedankengut verkauft wurden. Doch damit kann unsere Gewerkschaft leben, solange dies der Sache und damit der Sicherheit dient.

Man sollte sich schon fragen, was die Geschehnisse der letzten Wochen für Sachsen bedeuten.

Die Situation ist auch in Sachsen sehr angespannt, es kann und darf auch gar nicht anders sein. Vielleicht spielt sich das meiste (mal positiv gedacht) noch hinter den Kulissen ab, da es keine konkreten Terrorwarnungen oder Anhaltspunkte dafür gibt. Aber auch Bayern hat noch bis Mitte Juli 2016 nicht damit gerechnet, von mehreren abscheulichen und verachtungswürdigen Anschlägen innerhalb kürzester Zeit heimgesucht zu



Ich spüre schon wieder das Dröhnen in meinen Ohren, dass die Gewerkschaft der Polizei Sachsen (GdP) alles kaputt mache und für Unruhe Sorge ... doch unsere öffentlich gemachte „Unruhe“ ist nicht selten bei den politisch Verantwortlichen ein Anreiz, zumindest auf diese Themen einzugehen und im optimalsten Fall

werden; Sachsen ist nicht weit weg und liegt auch im Zentrum Europas.

Es wäre also der größte Fehler, jetzt nicht zu reagieren und im „Normalmodus“ weiterzufahren. Eines ist ganz sicher: jeder sächsische Polizeibeschäftigte engagiert sich, um sol-

Fortsetzung auf Seite 2



Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Oktober 2016**, war der **1. September 2016**, für die Ausgabe **November 2016** ist es der **30. September 2016** und für die Ausgabe **Dezember 2016** ist es der **28. Oktober 2016**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

che Dinge möglichst zu verhindern, die Kollegen sind wachsam und auch sensibilisiert. Diese Situationen lassen keinen einzigen Polizisten kalt – sie sorgen auch bei ihnen für Entsetzen und Kopfschütteln.

Doch sie regen auch zum Nachdenken an, was speziell in Sachsen getan werden kann, um es nicht so weit kommen zu lassen.

Zu verhindern (das bleibt unser Anspruch) ist es nicht – da lege ich mich fest! Es wird niemals eine hundertprozentige Sicherheit geben. Es wird immer ein Restrisiko bestehen, welches allenfalls verringert werden kann.

Doch dazu bedarf es einiger ehrlich gemeinter Analysen und daraus resultierender Konsequenzen, die durchgezogen werden müssen. Gefragt sind die sächsische Politik (vornweg die Sächsische Staatsregierung), die Polizei selbst, aber auch wir als Gewerkschaft der Polizei und jeder einzelne Bürger. So breit gestreut wie der Adressatenkreis ist auch der Bereich der Themen.

Es bedarf einer Analyse der Außenländerpolitik der vergangenen Monate und sogar Jahre, deren Auswertung Konsequenzen für die Zukunft bringen muss. Erbärmlich wäre es, wenn man sich dabei wieder zierte und bezüglich der beispielhaft genannten Begrifflichkeiten wie „Ausländer“ und „Asyl“ um den heißen Brei herumredet. Sich selbst einen Maulkorb zu verpassen zeugt von Schwäche und Inkonsequenz und erinnert mich an die Olympia-Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees in Bezug auf (Russland) nach dem Motto „Nicht so doll und nicht so laut, die anderen sollen mal sagen, entscheiden und machen ...“. Solch eine Mentalität hilft keinem weiter und bereitet immer weiter den Nährboden für Ungemach.

Die Fehler der Vergangenheit sind nicht mehr vollständig zu heilen. Das ist eine Tatsache. Doch das „Umherdoktoren“ oder „Drumherumreden“ ist auch der falsche Weg. Heute muss man sich aufs Neue klar die Frage stellen, wer wie lange in Sachsen Gastfreundschaft in Freiheit genießen darf. Auch wenn es noch so hart klingt: Unbekannte ohne Identität, mit einer Latte von Vorstrafen belastete Straftäter, „Durchgeknallte“ – wer unser Asylrecht missbraucht, hat in Sachsen nichts zu suchen.

Auch wenn in der Vergangenheit schon einiges unternommen wurde, (ausländerrechtliche) Gesetze modifiziert wurden, seit 2014 allein in Sachsen mehr als 5 000 berechnete Abschiebungen stattfanden (Tendenz steigend), so darf hier nicht nachgelassen werden.

Es bedarf aber auch einer Analyse der im Freistaat praktizierten Innenpolitik, speziell Sicherheitspolitik. Ich will nicht schon wieder in die alte Leier verfallen, doch nicht von ungefähr begleitete die GdP Sachsen die Arbeit der Fachkommission zur Evaluierung der sächsischen Polizei mit sukzessiv platzierten Hinweisen auf die benötigte Personalstärke in den einzelnen Organisationseinheiten. Bekanntes Ergebnis: mehr als 3 000 Beschäftigte fehlen!

Heute pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass in allen Bundesländern mehr Polizisten benötigt werden. Welch eine Erkenntnis! Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer kündigte spontan an, dass die Polizeistärke „signifikant angehoben“ werden muss.

Ja, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist (nach bundesweitem Abbau von ca. 16 000 Stellen in den letzten zwölf Jahren), versucht man nun mit der Brechstange und allen tauglichen und untauglichen Mitteln, dieses wieder herauszufischen. Und plötzlich werden Möglichkeiten mit an Land gezogen, die scheinbar in der Tiefe des Brunnens verschwunden waren (oder worden sind).

Man ruft nach mehr Präsenz – eine Forderung der GdP Sachsen seit unzähligen Jahren. Natürlich muss mehr Polizei auf der Straße zu sehen sein, um derartige Geschehnisse zumindest einzudämmen. Nicht als Pappfiguren, sondern als ansprechbare, sichtbare, bereite und damit für den Bürger Sicherheit verheißende real existierende Menschen in Uniform. Präventionsarbeit der Polizei darf keine leere Worthülse werden.

Aber nicht nur „auf der Straße“ ist ein Mehr an Personal gefragt, sondern auch der Stand der eingesetzten und notwendigen Technik ist ständig anzupassen. Viele Straftaten werden im Verborgenen vorbereitet, das sogenannte „Darknet“ lässt grüßen. Dort, wo Otto Normalverbraucher nicht hinkommt, die Straftäter aber schon da sind, muss auch die Polizei „präsent“ sein. Und das nicht erst, wenn schon Anhaltspunkte für eine



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



LEITARTIKEL

Straftat vorliegen. Die sächsische Polizei muss ständig personell und technisch da sein, wo die Grundlagen für Straftaten gelegt werden.

Ein Mehr an Personal in allen Bereichen führt letztendlich auch dazu, dass überhaupt erst einmal die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, dass angebotene Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden können. Und da reicht es nicht, davon zu träumen, dass in Sachsen die Amokausbildung ein beständiger Teil der sächsischen Polizei ist und verschiedene Szenarien regelmäßig geprobt werden. Es muss tatsächlich passieren. Eine Umfrage der GdP Sachsen besagt aber, dass diese Ausbildungsthemen in den letzten zwölf Monaten stiefmütterlich behandelt wurden, da sächsische Polizeitrainer schon allein mit der Ausbildung der Wachpolizei und dem Schießtraining (auch Einführung der neuen Pistole) überlastet sind. Nur ein Bruchteil unserer Kolleginnen und Kollegen hat die Möglichkeit, sich auf diesem Gebiet ausbilden zu lassen.

Die momentane polizeiliche Lage führt natürlich auch dazu, dass nicht nur das Personal, sondern auch die Ausstattung der sächsischen Polizei

überprüft werden muss. Erste Schritte sind eingeleitet und teilweise auch schon umgesetzt worden. Immerhin wurde im Freistaat Sachsen ein sogenanntes „Anti-Terror-Paket“ mit einem Finanzvolumen von knapp 14 Millionen Euro geschnürt. Doch Schutzwesten höherer Schutzklassen, zusätzlicher Passivschutz und stärkere Bewaffnung bringen unwiderruflich auch ein höheres Gewicht mit sich, welches in den Funkwagen verstaut (Platzkapazität) und den Beladungskriterien entsprechend auch transportiert (Gewichtskapazität) werden muss. Und genau hier stoßen wir schon an Grenzen.

Diese und auch andere Grenzen aufzuzeigen, wird die Arbeit der GdP Sachsen bei der Begleitung des Doppelhaushaltes 2017/2018 bestimmen.

Es werden zähe Gespräche stattfinden, klare Worte in den Anhörungen fallen, in denen die Prioritäten wie zum Beispiel das „Programm IuK.2020“ klar definiert werden müssen. Irgendwie passt dieses Programm ja auch wie der Topf auf den Deckel zum oben Beschriebenen.

Doch eines ist auch sicher: die finanziellen Mittel für die scheinbar alltäglichen Probleme dürfen bei aller

unbestrittener Notwendigkeit der Modernisierung des IT-Bereiches nicht unter den Tisch fallen. Wir werden uns mit faulen Kompromisslösungen nicht zufriedengeben, denn Flickschusterei hat in einem Haushalt der Inneren Sicherheit nichts zu suchen – erst recht nicht unter den die heutige Zeit bestimmenden Vorzeichen.

Zu diesen alltäglichen Problemen gehören vor allem die Liegenschaften und Baumaßnahmen. Besonders wichtig ist hierbei neben den einzelnen Polizeidienststellen die Ausbildungs- und Fortbildungsarchitektur mit ausreichenden Möglichkeiten der Schießausbildung.

Aber auch die Problematik der Streichung bzw. Kürzung von Projektstellen (vor allem im Kapitel 0312), die Bewertung der Dienstposten und Zurverfügungstellung der dazugehörigen Haushaltsstellen und die teilweisen noch immer forcierten unwirtschaftlichen, nicht sicherheitsorientierten und im Einsatzfall unzweckmäßigen Privatisierungen bzw. Fremdvergaben werden unsere Kräfte in Anspruch nehmen.

**In diesem Sinne,
Euer Hagen Husgen**

RECHTSSCHUTZ**Anerkennung von Reisezeiten als Arbeitszeit**

Thorben Wengert_pixello.de

Wie bereits vor zwei Jahren auf diesen Seiten berichtet, hatte eine Kollegin mit Rechtsschutzunterstützung in erster Instanz beim Verwaltungsgericht Leipzig in Sachen Anerkennung von Reisezeit als Arbeitszeit bei einer eintägigen Fortbildungsveranstaltung zum Fahrtsicherheitstraining, einen Rechtsstreit geführt. Diesen gewann sie mit Unterstützung eines unserer Vertragsanwälte am 23. Januar 2014 (Az.: K 234/12). Das Gericht war zu der Auffassung gelangt, es habe sich nicht um eine beliebige Anreise zur Fortbildung gehandelt. Vielmehr habe die Fahrt im Wesentlichen auch der Überführung des für die Ausbildung zu nutzende Fahrzeuges an den Einsatzort und zurück gedient und sei deshalb Dienstzeit.

Nach der Bekanntgabe in der „Deutschen Polizei“ erreichten den Artikelschreiber immer wieder Anru-

fe oder E-Mail-Anfragen zur Umsetzung und Rechtskraft des Urteils.

Da die damals durch unsere Kollegin verklagte Dienststelle Berufung gegen das Verwaltungsgerichtsurteil einlegte, mussten wir auf die Rechtskraft des Urteils noch warten. Mit Beschluss vom 2. Februar 2016 (Az.: 2A 463/15) hat das Sächsische Obergericht nunmehr die Berufung verworfen. Eine Revision wurde nicht zugelassen.

Somit hat nunmehr endlich das erstinstanzliche Urteil seine Rechtskraft erreicht! Wir hoffen, unsere Kolleginnen und Kollegen haben somit bei eventuellen Rechtsstreitigkeiten in ähnlich gelagerten Fällen gegenüber ihren dienstlich andersdenkenden Vorgesetzten die nötige Argumentationshilfe bei der Anerkennung von Reisezeit als Arbeitszeit.

**Uwe Wendt,
Rechtsschutzkommission Sachsen**



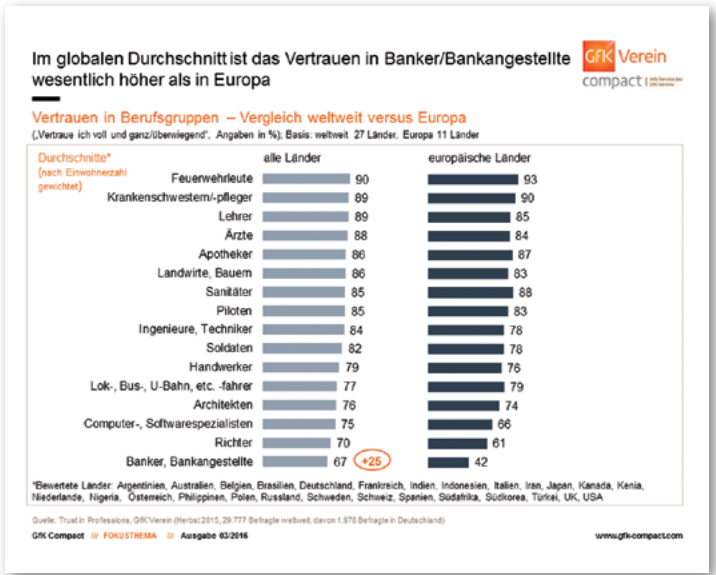
Weltweites Ranking: Vertrauenswürdige Berufe

GfK-Verein Studie „Trust in Professions 2016“

Großbrände waren sein Spezialgebiet: Der US-amerikanische Feuerwehrmann Paul Adair bekämpfte bis zu seinem Tod 2004 mehr als 2 000 Feuer rund um den Globus, darunter eine seit sechs Monaten brennende Gasquelle in der algerischen Sahara und 117 Ölquellen, die im ersten Golfkrieg in Flammen aufgegangen waren. Seine Einsätze waren so spektakulär, dass sie sogar den Stoff für einen Film lieferten: In „Hellfighter“ spielte John Wayne 1968 den furchtlosen Feuerwehrmann. Adair hat damals sicher viel für das positive Image seiner Branche getan. Doch auch heute noch genießen Feuerwehrleute hohes Ansehen in der Bevölkerung, und das nicht nur in den USA. In vielen Teilen der Erde bringen ihnen die Menschen besonders viel Vertrauen entgegen. Und auch andere helfende Berufe dürfen sich über ein positives Image freuen.

Sie helfen uns in Notlagen, retten Leben und kümmern sich um andere: In fast allen untersuchten Ländern erzielen Brandschützer und medizinische Berufe wie Sanitäter, Ärzte und Krankenpfleger Bestnoten. Dies zeigen aktuelle Ergebnisse aus der Studie „Trust in Professions 2015“, für die der GfK-Verein im Herbst vergangenen Jahres mehr als 29 000 Ver-

**Banken:
Europäer
skeptischer als
der Durchschnitt**



braucherinterviews geführt hat. Menschen aus 27 Ländern weltweit wurden danach gefragt, wie sehr sie 32 vorgegebenen Berufsgruppen vertrauen. Um die Ergebnisse der einzelnen Länder vergleichen zu können, wurden die durchschnittlichen Vertrauenswerte pro Land, global und für Europa, nach der jeweiligen Einwohnerzahl gewichtet berechnet.

Feuerwehrleute sind (unverändert zur letzten Befragung 2014) globale

Spitzenreiter des Vertrauens. Mit Ausnahme Kenias und Nigerias, wo Brandschützer wohl auch aufgrund der mangelnden Ausrüstung und Infrastruktur oft wenig ausrichten können, sprechen ihnen quer über den Globus mindestens 80 Prozent der Menschen hohes oder sehr hohes Vertrauen aus. In vielen Ländern liegen die Werte sogar bei über 90 Prozent. Auch andere helfende Berufe liegen in der Gunst der Bürger weit vorn: Sanitäter genießen in UK, Japan und der Schweiz das größte Vertrauen, Ärzte im Iran und in Südafrika, und in Südkorea verlassen sich die Menschen vor allem auf Krankenpfleger. Neben dem medizinischen Sektor ist auch die Pädagogik im Ranking weit vorne vertreten: Lehrer genießen ebenfalls in drei Ländern – Indien, Indonesien und der Türkei – das höchste Vertrauen. In Kenia, Nigeria und auf den Philippinen stehen Landwirte auf dem Siegertreppchen. Ihnen vertrauen dort zwischen 85 und 95 Prozent der Bevölkerung. Gerade in Kenia stellt die Landwirtschaft den wichtigsten Wirtschaftszweig dar und sichert die Existenz vieler Menschen. In Nigeria ist zwar die Ölproduktion der wichtigste Wirtschaftszweig, dennoch sind über 60 Prozent der Nigerianer in der Landwirtschaft beschäftigt.



**Helfende
Berufe:
international
anerkannt**



TRUST IN PROFESSIONS 2016

Weniger Einigkeit als bei der Wahl besonders vertrauenswürdiger Berufsbilder herrscht zwischen den einzelnen Ländern in puncto Gesamtvertrauen: Die Durchschnittswerte für alle untersuchten Berufsgruppen reichen hier von 55 bis 82 Prozent. Das höchste Vertrauensniveau wird in Indien und Indonesien mit Ergebnissen um die 80 Prozent geäußert. Schlusslichter sind dagegen Nigeria, Japan, Argentinien und Brasilien: Sie liegen mit Gesamtvertrauenswerten zwischen 55 und 56 Prozent fast gleichauf am Ende der Skala. In der Bundesrepublik vergeben die Menschen bessere Vertrauensnoten. Mit einem Gesamtwert von 65 Prozent rangiert das durchschnittliche Vertrauen in Deutschland im Mittelfeld.

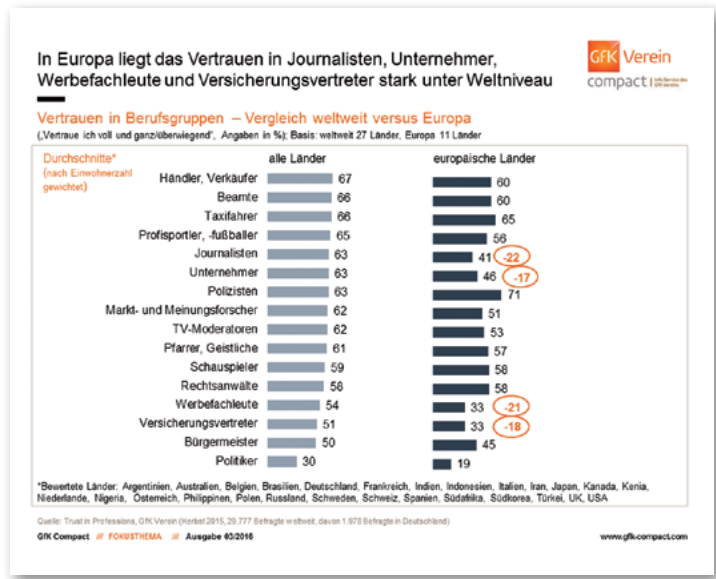
Ob wir jemandem vertrauen oder nicht, hängt wohl vor allem von unseren Erfahrungen und Eindrücken ab, die wir im Laufe unseres Lebens sammeln. Und die variieren von Land zu Land und von Kontinent zu Konti-

**Polizei:
Vertrauen der
Europäer über
dem Weltniveau**

nent. Der Vergleich zwischen Europa und der Welt zeigt, dass in den Köpfen der Europäer vor allem die Finanzkrise nachwirkt. So verzeichnen

Banker im globalen Durchschnitt zwar Werte von 67 Prozent und liegen

Fortsetzung auf Seite 6



Anzeige



Polizei
Sachsen/Thüringen GmbH

Einfach sparen



Partner

Egal ob bei verschiedenen Automarken, bei Banken, im Kurbereich günstige Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen, haben wir uns ganz groß auf die Fahne geschrieben. Mit ein paar Klicks auf unserer Homepage kannst Du Dir eine Übersicht unserer Partner anfordern.



Mobilfunk

Mit Hilfe unserer Kooperationspartner, Primastrom, können wir Dir exklusive Tarife anbieten. So kannst Du mit uns neben den bekannten Tarifen im D2-Netz auch im O₂-Netz zu Top-Konditionen telefonieren.



Festnetz & DSL

Neben Mobilfunk bieten wir Dir auch DSL- und Festnetztarife für grenzenlose Kommunikation. Von



Energie

Ärgerst Du Dich auch, wenn Du die Post Deines Strom-/Gasanbieters öffnest? Entweder er schickt die Jahresabrechnung mit einer Nachzahlung oder die Ankündigung einer Preiserhöhung. Nutze doch unseren Anbieter. Hier kannst Du Dir bis zu 24 Monaten den verbilligten Preis sichern. Dies ist nur einer der Vorteile, die wir mit unserem Partner, für Dich ausgehandelt haben.



Sky

Einen weiteren Rahmenvertrag haben wir mit Sky abgeschlossen. Sicher Dir besseres Fernsehen. Aufgrund unserer großen Kundengruppe konnten wir für Dich super günstige PSW-Konditionen rausholen. Diese Vorteile geben wir Dir, als Karteninhaber, selbstverständlich eins zu eins weiter.

E-Mail: info@psw-sn-th.de | Tel.: (035204) 687-0

www.psw-sn-th.de



Fortsetzung von Seite 5

damit im Mittelfeld. In Europa jedoch vertrauen den Finanzdienstleistern gerade einmal 42 Prozent der Befragten – das reicht nur für einen der hinteren Plätze. In Sachen Finanzen fällt die Differenz zwischen Europa und dem Rest der Welt damit auch am größten aus. Aber auch gegenüber anderen Berufsgruppen zeigen sich die Europäer verhaltener als der weltweite Durchschnitt. So schneiden Journalisten, Werbefachleute, aber auch Versicherungsvertreter und Unternehmer innerhalb der europäischen Grenzen deutlich schlechter ab – der Abstand zum globalen Vertrauensniveau liegt bei diesen Berufen zwischen 17 und 22 Prozentpunkten.

Doch die Europäer sind nicht per se skeptischer. So manchen Berufsgruppen vertrauen sie mehr als dies die Befragten auf anderen Kontinenten tun. Am stärksten fallen die Unterschiede gegenüber der Polizei ins Gewicht: 71 Prozent der Europäer vertrauen den Ordnungshütern, weltweit liegt der Durchschnitt bei 63 Prozent. Abgesehen von diesen Abweichungen finden sich jedoch auch zahlreiche Parallelen zwischen europäischem und globalem Ranking. Feuerwehrleute sichern sich weltweit ebenso den Spitzenrang wie innerhalb Europas, gefolgt von Krankenschwestern und -pflegern. Auch alle anderen Berufe, die es global unter die Top 10 schaffen, liegen im Euro-ranking vorn, wengleich auch in leicht veränderter Reihenfolge. Und auch was das Ende der Skala betrifft, herrscht Einigkeit. So liegen Politiker überall auf dem letzten Platz: Im weltweiten Durchschnitt vertrauen ihnen 30 Prozent der Menschen, in Europa sind es mit 19 Prozent noch einmal deutlich weniger.

Doch wie sieht es mit dem Image einzelner Berufsgruppen hierzulande aus? Auf wen verlassen sich die Deutschen am meisten und wer hat im Vergleich zu anderen Ländern bei uns schlechtere Karten? Überdurchschnittlich hohe Vertrauenswerte genießen in der Bundesrepublik all jene, die für Recht, Ordnung und Sicherheit sorgen: Rechtsanwälte, Richter und Polizisten erzielen eindeutig bessere Noten als ihre Kollegen in Europa oder weltweit. Auch Fahrern öffentlicher Verkehrsmittel, die täglich Tausende Menschen wohlbehalten ans Ziel bringen müssen, stehen

**Deutschland:
großes
Vertrauen in
Ordnungshüter
und Justiz**

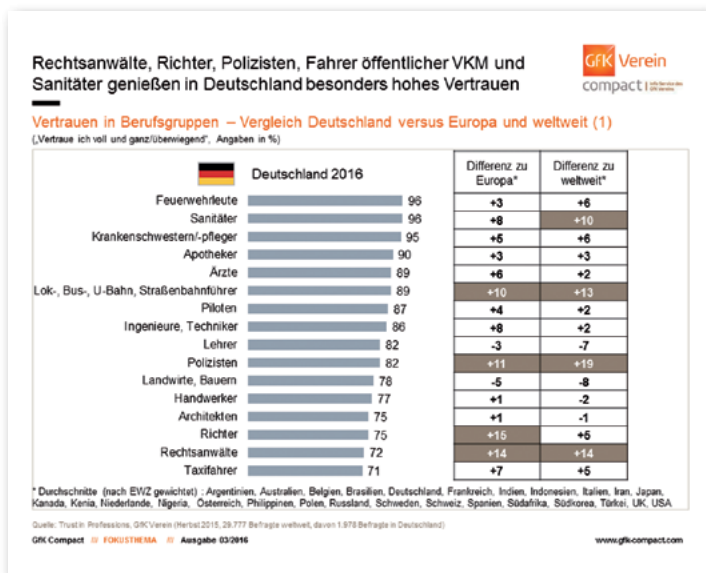
die Befragten überdurchschnittlich positiv gegenüber. Und nahezu jeder verlässt sich hierzulande sehr stark auf medizinisches Personal. Vor allem Sanitäter legen in puncto Image noch einige Prozentpunkte drauf. Knapp 96 Prozent der Deutschen vertrauen ihnen – und verschaffen den Rettungskräften damit einen ebenbürtigen Platz wie den Brandschützern.

Der Dienstleistungsbereich in Deutschland wächst seit Jahren: Laut Bundeswirtschaftsministerium erwirtschaftet der sogenannte dritte Sektor etwa 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und schafft drei Viertel der Arbeitsplätze (Quelle: bmwi.de bzw. statista.com). Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. In puncto Vertrauen allerdings besteht bei bestimmten Berufsgruppen jedoch noch Nachholbedarf. So stehen die Bundesbürger Händlern, Werbefachleuten und Versicherungsvertretern kritischer gegenüber als alle Befragten im Durchschnitt. Vertreter des Medien- und Unterhaltungssektors dürften mit ihren Vertrauenswerten ebenfalls noch nicht zufrieden sein: Journalisten, TV-Moderatoren und Schauspielern stehen die Bundesbürger im globalen Vergleich deutlich kritischer gegenüber als andere Nationen. Der Abstand beträgt zwischen 10 und 27 Prozentpunkte. Und obwohl viele Deutsche bestimmt das ein oder andere Fußballspiel im Fernsehen oder im Stadion genießen, bringen sie den Profispielern auf dem Platz sehr viel weniger Vertrauen entgegen als anderswo. Auch das Vertrauen in die Finanzbranche ist in Deutschland

stärker angeschlagen als dies in anderen Teilen der Erde der Fall ist. Zwar schätzen die Bundesbürger Banker ähnlich vertrauenswürdig ein wie es ihre europäischen Nachbarn tun, im globalen Vergleich liegt die Bundesrepublik jedoch deutlich unter dem allgemeinen Vertrauensniveau. Und nicht zuletzt tun sich die Bundesbürger mit ihren Streitkräften schwer. Auf Soldatinnen und Soldaten verlassen sie sich weniger als andere Nationen. Doch es gibt auch eine positive Ausnahme im Dienstleistungsgewerbe: IT-Spezialisten dürfen sich in Deutschland über besonders gute Vertrauenswerte freuen: 59 Prozent halten große Stücke auf die Experten für Computer und Software; das sind 14 Prozentpunkte mehr als in Europa und immerhin 9 Punkte mehr als im globalen Durchschnitt.

Doch wie kann es gelingen, das Vertrauen der Menschen für sich zu gewinnen? Lässt sich ein mittelmäßiges oder sogar negatives Image überhaupt verändern? Ein einfaches Erfolgsrezept gibt es nicht – schließlich bringt jeder Beruf unterschiedliche Herausforderungen mit sich. Aber vielleicht hilft es, sich einen Satz von John F. Kennedy ins Gedächtnis zu rufen. Er soll einmal gesagt haben: „Einen Vorsprung im Leben hat, wer da anpackt, wo die anderen erst einmal reden.“ – ein Satz, der sowohl auf Feuerwehrleute und Sanitäter als auch auf Polizisten sicherlich ganz besonders zutrifft.

Datenquelle: GfK-Verein, Studie „Trust in Professions 2016“



UNBEGRENZT TELEFONIEREN UND SURFEN

zum Beispiel:



On M mit **2 GB**

Telefonieren & SMS

- Flatrate in alle dt. Netze
- kostenlose Mailboxabfrage
- 60 Minuten inklusive ins europ. Ausland
- 1.000 SMS inklusive

Surfen mit LTE

- Datenvolumen bis 2 GB
- Datenvolumen in EU: 500 MB
- Anschlussgebühr: 0,00 Euro
- Netz: O₂

monatl.
17,85 €

+ GRATIS
POWERBANK



Slim PowerBank 4.0 mit 4.000 mAh



Wir haben noch mehr für Dich!

www.psw-sn-th.de





Beförderungssituation in Thüringen

Beurteilungen sind die wesentlichste Vergleichsgrundlage für Auswahlentscheidungen. Die dienstliche Beurteilung dient der Verwirklichung des mit Verfassungsrang ausgestatteten Grundsatzes der Bestenauslese. Thüringen leistet sich nach wie vor die billigste Polizei der Bundesrepublik. Dabei geht es nicht um die absoluten Ausgaben für die Polizei, sondern um die Zahl der Beförderungsdienstposten und den Anteil der einzelnen Laufbahngruppen an der Gesamtzahl der Polizeibeamten.

Der Anteil des höheren Dienstes liegt bei rund 1,5%, der Anteil des gehobenen Dienstes bei ca. 34%. Bereits 1992 hatte die IMK beschlossen, den Anteil des höheren und gehobenen Dienstes auf mindestens 40% zu erhöhen. Es ist leider zu befürchten, dass Thüringen dieses Ziel auch nach 25 Jahren noch nicht schafft. Dabei haben viele Länder de facto die zweigeteilte Laufbahn bereits umgesetzt bzw. sind auf einem guten Wege dahin. Thüringer Polizisten sind also in der Mehrzahl noch Beamte des mittleren Dienstes und die Obergrenzen für Beförderungssämter nach § 23 ThürBesG, die z. B. für die Besoldungsgruppe A 9 mit der Übernahme der Obergrenzen in das Besoldungsgesetz von der letzten Landesregierung erst von 60% auf 55% gesenkt wurde, sind nicht ausgeschöpft. Die Polizeibeamtinnen und -beamten haben aber sehr wohl registriert, dass Politiker in den Sonntagsreden Polizisten ihre Wertschätzung angeidehen lassen, ihnen in der Gesetzgebung aber den Ausgleich für besondere Altersgrenzen (§ 86 Abs. 11 ThürBeamtVG) streicht oder eben die Obergrenzen für Beförderungssämter kürzt.

Seit 2014 finden im Rahmen der bestehenden Behördenstruktur für die Landespolizeidirektion (LPD) und die ihr nachgeordneten Behörden Beförderungsrunden statt. Aufgrund der Polizeistrukturreform (PSR) und der dadurch veränderten Zuständigkeiten in der Personalverwaltung liegt die Auswahlentscheidung bei der LPD, welche auch die Ernennung durchführt. Die Beförde-

rungsauswahl wiederum beschränkt sich auf den jeweiligen Bereich der verschiedenen Behörden (= Beförderungskreise). Um die Beförderungen konkurrieren damit immer nur die Bediensteten einer Behörde (also z. B. eine LPI = eines Beförderungskreises), da auch die derzeit aktuellen Regelbeurteilungen im Rahmen dieser Behördenstruktur behördenbezogen entstanden sind. Der damit verbundenen unvermeidlichen Unterschiedlichkeit der Beurteilungen zwischen den einzelnen Behörden aufgrund der verschiedenen Beurteiler und trotz der einheitlichen Beurteilungsrichtlinie wird durch diese Entscheidung Rechnung getragen. Gemäß §§ 22, 23 Thüringer Besoldungsgesetz ist das Vorhandensein eines Beförderungsdienstpostens Voraussetzung für eine Beförderung.

Maximal 5% der Beamtinnen und Beamten konnten 2015 im Freistaat befördert werden. Positiv ist, dass die aus unterschiedlichsten Gründen nicht durchgeführten Beförderungen aus der vergangenen Beförderungsperiode erhalten bleiben. Dafür muss man aber dem Dienstherrn nicht danken, sondern das ist das Mindeste, was man erwarten kann. Denn schließlich ist nicht die „Klagewut“ der Beamten an dieser Misere schuld, sondern das meist fehlerhafte Handeln des Dienstherrn, das zu Klagen geführt hat.

Hoch motiviert erfüllt die Thüringer Polizei seit Jahren die ihnen übertragenen Aufgaben auch im bundesdeutschen Vergleich gesehen mehr als nur überdurchschnittlich. Die Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten halten einen solchen Vergleich dem gegenüber jedoch keinesfalls stand. Im Durchschnitt der letzten Jahre läuft Thüringen hier weit unter Mittelmaß, was zu einem enormen Beförderungsstau innerhalb der Thüringer Polizei geführt hat. Das betrifft nicht nur den Polizeivollzug, sondern auch den Bereich des (Polizei-)Verwaltungsdienstes. Die Anforderungen an die Beschäftigten der Thüringer Polizei und die Ansprüche der Thüringer an

ihre Polizei wachsen stündlich! Der immer gepredigte Leistungsgrundsatz beinhaltet auch, dass selbige sich lohnen müssen! Doch davon sind wir sehr weit entfernt!

Was wird nun 2016 an Beförderungen für die Thüringer Polizei bringen? Es mutet an wie ein schlechter Traum. Am 7. Juni 2016 hat sich das Kabinett dazu durchgerungen, einen Beschluss zu Beförderungen im Landesdienst zu fassen. Wir reden nicht lange drum herum, für 2016 und 2017 sind jeweils maximal fünf Prozent der Beschäftigten in den einzelnen Ressorts zu befördern. Die prozentuale Verteilung in den beiden Jahren kann natürlich auch anders aussehen. Aber nur dann, wenn der Einzelhaushalt des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales bzw. des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und der anderen Ministerien im Bereich der Personalausgaben die notwendigen Reserven aufweisen.

Wir werden für diese 10%-Beförderungsmöglichkeiten, aufgeteilt auf zwei Jahre, nicht Danke sagen. Wir erkennen daran, was der öffentliche Dienst, insbesondere der Polizei- und Justizvollzugsdienst, in Thüringen wert sind. 5%, bei einer gleichmäßigen Aufteilung auf die Jahre 2016 und 2017, ergeben rein rechnerisch im Berufsleben eines Landesbediensteten eine Beförderung innerhalb von 20 Jahren.

Die GdP Thüringen schlägt einen anderen Weg vor. Sie fordert die Einführung einer Regelbeförderung in Abhängigkeit von den erbrachten Leistungen. Leistungsträger sollen nach den gesetzlichen Mindestvorgaben befördert werden können. Beamte, die Leistungen erbringen, welche im Großen und Ganzen den Anforderungen entsprechen, sollen aber nicht von einer beruflichen Entwicklung ausgeschlossen werden. Ohne Beförderungsquote können Leistungsträger und „durchschnittliche“ Beamte beruflich vorwärts kommen, nur unterschiedlich schnell.

Monika Pape

